

Bericht des Beirats für Menschen mit Behinderung der Stadt Potsdam zur Sitzung des Ausschusses GSWI am 17.09.2024

Seit der letzten GSWI-Ausschuss-Sitzung am 23.04.2024 hat es eine reguläre Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung vor der Sommerpause gegeben.

Vertreter des Beirats haben an den letzten Ausschüssen teilgenommen und Empfehlungen ausgesprochen.

Die Podiumsdiskussion "Baustelle Inklusion - Stand der Teilhabe in Potsdam" vom 23.05. wurde ausgewertet. Es hat sich gezeigt, dass die Themen der Wahlprüfsteine gut gewählt waren. Die für eine Diskussion zur Verfügung stehende Zeit hat nicht ausgereicht, was von Beiratsmitgliedern bemängelt wurde. Insgesamt haben mehr als 70 Personen teilgenommen. Die Zahl der Teilnehmenden wurde als positiv eingestuft, trotzdem erhofft sich der Beirat eine größere Beteiligung bei nachfolgenden Veranstaltungen. Die Antworten der Parteien wird eine Grundlage für eine künftige Zusammenarbeit in den Ausschüssen bilden können. Der Beirat zog eine positive Bilanz der Podiumsdiskussion.

Der Vorstand des Beirats hat die drei Tandem-Fahrer, die von Berlin nach Paris zur Eröffnung der paralympischen Spiele geradelt sind, am Brandenburger Tor empfangen und ein Stück auf Ihrem Wege ebenfalls mit einem Tandem begleitet. Die Aktion der drei Tandem-Fahrer diente dazu, auf das Thema Inklusion aufmerksam zu machen.

Im Rahmen des Empfangs am Brandenburger Tor wurde der Vorstand auch von Pressevertretern interviewt. Der Vorstand konnte über die Arbeit und das Engagement der Mitglieder berichten und die aktuellen Probleme der Barrierefreiheit und der fehlenden Inklusion sowie die gesteckten Ziele ansprechen.

Weiterhin kann von mehreren Begehungen berichtet werden. In der Sommerzeit gab es zu folgende Themen Begehungen und/oder Beratungen:

- Blindenleitsystem Neuer Garten
- Barrierefreie Querungen für Rollstuhlfahrer und Blinde Slatan-Dudow-Straße
- Schiffbauergasse für Rollstuhlfahrer und Sehbehinderte (mehrfach)
- Ampelanlagen und Übergänge am Luisenplatz für Sehbehinderte
- Weinfest auf dem Luisenplatz für Menschen mit Behinderung
- Umbau Dortustraße (gemeinsam mit dem Seniorenbeirat)
- Anlage Luftschiffhafen im Vorfeld von 'Inklusiv gewinnt'
- Überprüfung der Potsdamer Bahnhöfe auf Barrierefreiheit (noch nicht abgeschlossen)

Dr. Rolf Lessing
Vorsitzender des Beirats für Menschen mit Behinderung



Landeshauptstadt Potsdam

Der Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Ihre Antwort an Landeshauptstadt Potsdam
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Beauftragte für Menschen mit Behinderung

Ausschuss
Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Frau Spyra

Auskunft erteilt Dr. Tina Denninger
Telefon 0331 289- 1085
Dienstgebäude Edisonallee
Zimmer 4. OG
E-Mail Chancengleichheit@rathaus.potsdam.de
Aktenzeichen
Datum 16.09.2024

Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung, Dr. Tina Denninger, im Ausschuss Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion vom 17.09.2024

Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Potsdam wurde der Lokale Teilhabeplan 2.0 mit über 100 Maßnahmen entwickelt. Der Plan wurde 2018 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet (18/SVV/0777) und von einer Steuerungsgruppe („Inklusionsgremium“) begleitet. Im Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion wurde regelmäßig berichtet.

Die Steuerungsgruppe Inklusion zur Umsetzung des Lokalen Teilhabeplans 2.0 kommt am 01.10.24 von 17:00 – 19:00 Uhr zum letzten Mal in diesem Jahr zusammen. Den Mitgliedern geht zur Vorbereitung vor der Sitzung eine ausführliche Maßnahmentabelle mit dem aktuellen Umsetzungsstand der einzelnen Maßnahmen zu. Dieser Stand wird am 01.10.24 final diskutiert und weitere Schritte festgelegt.

Das Inklusionsgremium muss aufgrund von Personalwechsel und Umstrukturierungen in der Verwaltung sowie der Neu-Wahl der SVV neu besetzt werden. Die Beauftragte für Menschen mit Behinderung hat bereits neugebildete Fraktionen eingeladen, Mitglieder in die Steuerungsgruppe zu entsenden, sowie den neu konstituierten Migrantinnenbeirat und den Seniorenbeirat. Der Beirat für Menschen mit Behinderung arbeitet seit seiner Neukonstituierung 2023 bereits aktiv und engagiert in der Steuerungsgruppe mit.

Zu den Aufgaben der Steuerungsgruppe gehören vor allem die Gesamtsteuerung der Umsetzung des Teilhabeplans und die Überwachung des Fortschritts durch regelhaftes Monitoring.

Neben Neubesetzungen im Gremium der Steuerungsgruppe soll auch der Prozess des Projekts angepasst werden, um eine kontinuierliche und zuverlässige Umsetzung der Fortschreibung des Lokalen Teilhabeplans sicherzustellen. Eine entsprechend aktualisierte Projektverfügung ist in Bearbeitung.

Ziel ist es für 2024 die finale Evaluation des Lokalen Teilhabeplans 2.0 vorzunehmen um 2025 die Fortschreibung des Lokalen Teilhabeplans 3.0. (Arbeitstitel) beginnen zu können.

Im Rahmen der Fortschreibung des Teilhabeplans wird es 2025 thematische Workshops geben und ein entsprechend breites Beteiligungsverfahren mit Verwaltung, Zivilgesellschaft und Stadtpolitik. Bei der Fortschreibung soll der Fokus darauf liegen, bisherige Herausforderungen bei der Evaluierung zu berücksichtigen und nur Maßnahmen aufzunehmen, die realistisch umsetzbar sind – idealerweise weniger Maßnahmen, dafür aber mit einem klaren Umsetzungsziel und Zuständigkeiten.



Telefon: 0331 289-0
Telefax: 0331 289-1155
E-Mail:
poststelle@rathaus.potsdam.de
Internet: www.potsdam.de

Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam
USt-IdNr.: DE138408386

Landeshauptstadt Potsdam
Stadtkasse
IBAN: DE65 1605 0000 3502 2215 36
BIC: WELADED1PMB
Mittelbrandenburgische Sparkasse



Potsdam, den 17.09.2024

**Bericht des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam
im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration**

**Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und
Integration**

Die Wahl des Migrantenbeirats findet traditionell in Verbindung mit der Kommunalwahl statt. Auch in diesem Wahl Jahr wurde die Wahl des Gremiums ausschließlich wie immer per Briefwahl durchgeführt. Von den insgesamt 21.391 versandten Wahlbriefen wurden laut Angaben der Stadt 3.226 Stimmzettel eingereicht. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 15,1 Prozent, im Vergleich zu 12,4 Prozent im Jahr 2019. Die Auszählung der Stimmen erfolgte im Rahmen der Sitzung der Wahlkommission am 13. Juni. Zur Wahl standen 25 Kandidierende.

Die Konstituierung des neuen Beirats, einschließlich der Wahl des Vorstands und der neuen Vorsitzenden, findet am 6. Juli 2024 um 18 Uhr im Raum Schwarzschild im Bildungsforum statt. Bereits vor dieser Sitzung hat der Migrantenbeirat einen Workshop und eine Klausurtagung abgehalten.

Der neu gewählte geschäftsführende Vorstand besteht aus drei Mitgliedern: einer Vorsitzenden und zwei stellvertretenden Vorsitzenden. Frau Fereshta Hussain wurde mit Mehrheit zur neuen Vorsitzenden gewählt, während Dr. Essmaiel Archoukieh und Herr Chuks-Quinn Chukwuedo als stellvertretende Vorsitzende bestätigt wurden.

Die Amtszeit des neuen Migrantenbeirats beträgt fünf Jahre. Das Gremium besteht aus 13 Mitgliedern, darunter neuen neue Mitglieder. Vier Mitglieder haben bereits in der vorhergehenden Wahlperiode im Migrantenbeirat mitgewirkt. Das Gremium hat die Aufgabe, die Interessen der Potsdamer Bürgerinnen und Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit gegenüber der Stadtverordnetenversammlung, deren Fachausschüssen sowie dem Oberbürgermeister zu vertreten.

In der letzten Sitzung des Migrantenbeirats wurden folgende ehemalige Mitglieder als beratende Mitglieder gemäß der Geschäftsordnung zugestimmt: Herr Lutz Böde, Frau Jala E. Jazairi, Herr Marco Sawatzky sowie Frau Annina Beck.



Der Beirat profitiert von ihren Erfahrungen und ihrer Mitwirkung zu spezifischen Themen als beratende Mitglieder.

Rückblick auf die Aktivitäten des Migrantenbeirats von Juli bis September 2024

Am 13. Juli nahm der Migrantenbeirat an der Poster-Session der 5. Konferenz an der Hochschule Freiburg teil. In dieser Postersession hat der Migrantenbeirat ein Poster zum Thema "Die Rolle der Zivilgesellschaften bei der Integration der neu angekommenen Afghan*innen in Potsdam (Brandenburg/Berlin).

Im September 2024 organisierte der Migrantenbeirat im Rahmen der Interkulturellen Woche (IKW) erneut die Kunstausstellung „HeimatArt 2024: Bunte Welten in Potsdam“. Die Eröffnung fand am 6. September 2024 im Bürgerhaus Schlaatz statt, wo acht Künstler*innen mit Migrationshintergrund ihre Werke präsentierten.

Im Rahmen der IKW wurde am 8. September 2024 der Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam zum 20. Mal unter dem Motto „Migration prägt Potsdam - 20 Jahre Integrationspreis“ verliehen. Die Zivilgesellschaft war aufgerufen, sich für den Preis zu bewerben.

Der Migrantenbeirat hat in diesem Jahr mehrere Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche durchgeführt, mit einem besonderen Fokus auf Demokratie und Frauenförderung.

Am 10. September 2024 fand die erste Gesprächsrunde zum Thema „Meine Stimme zählt – Frauen beflügeln die Demokratie“ in Zusammenarbeit mit der panafrikanischen Frauenorganisation PAWLO-Masoso e.V. statt. Neu zugezogene Potsdamerinnen tauschten sich über ihre Erfahrungen und die Bedeutung der politischen Partizipation von Frauen in der Migrationsgesellschaft aus.

Am 15. September 2024 eröffnete der Migrantenbeirat gemeinsam mit der Bürgerinitiative Waldstadt (BIWA e.V.) die Fotoausstellung „Wunder der Natur“. Frau Davydov, Mitglied des Migrantenbeirats, stellt hier bereits zum dritten Mal aus; die Ausstellung ist noch bis zum 11. November 2024 zu sehen.



Am 17. und 18. September 2024 führte der Migrantenbeirat einen Workshop im Rahmen der 5. Konferenz des Netzwerks Fluchtforschung an der Universität Bonn durch. Das Thema lautete „Brücken bauen: Zivilgesellschaftliches Engagement von neu zugewanderten Menschen mit Fluchtgeschichte und die Herausforderungen ihrer Partizipation“. Es wurden neue Perspektiven und Hürden zivilgesellschaftlichen Engagements von Menschen mit Fluchtgeschichte am Beispiel Potsdams beleuchtet.

Am Dienstag, den 17.09.2024, findet ab 17:00 Uhr an der Edisonallee 7, 14473 Potsdam, eine Kundgebung zum Thema Härtefallregelung in der Gebührensatzung für die Unterbringung von Menschen mit Fluchtgeschichte statt. Im Anhang senden wir Ihnen die Stellungnahme des Migrantenbeirats Potsdam. Die aktuelle Regelung hat erhebliche Auswirkungen auf die betroffenen Personen, und wir setzen uns für eine faire und gerechte Lösung ein.

Am 21. September 2024 führt der Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Seebrücke Potsdam, PAWLO-Masoso e.V. und dem Projekthaus Potsdam eine symbolische Wahl durch. Ziel ist es, das Bewusstsein für die Bedeutung der Wahlbeteiligung zu stärken.

Am 23. September 2024 wird der Schreibworkshop „Eine neue Welt“ vom Pangea Magazin veranstaltet. Hier haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, kreative Texte zu verfassen, die neue Perspektiven auf eine vielfältige und inklusive Gesellschaft eröffnen.

Am 25. September 2024 findet in Zusammenarbeit mit DaMOst e.V. die zweite Gesprächsrunde zum Thema „Frauen bewegen Demokratie“ statt. Der Fokus liegt auf der essenziellen Rolle von Frauen als Gestalterinnen der Gesellschaft.

Am 29. September 2024 organisiert der Migrantenbeirat gemeinsam mit dem Projekt „Gemeinsam lernen wir Deutsch Land!“ für arabischsprachige Frauen die dritte Gesprächsrunde zum Thema „Vielfalt macht stark – Frauen und kulturelle Identität“. Hier tauschen sich die Teilnehmerinnen über ihre persönlichen Geschichten und die Bedeutung ihrer kulturellen Identität aus. Zudem werden sie durch Kochrezepte Erinnerungen an ihre Heimatländer und Deutschland miteinander verknüpfen.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Migrantenbeirat

Friedrich-Ebert-Straße 79-81
Haus 1, R. 148
14469 Potsdam
Tel.: 289 33 46 Fax: 289 84 33 46;
Migrantenbeirat@rathaus.potsdam.de

Stellungnahme des Migrantenbeirates zur Gebührensatzung für die Unterbringung von Geflüchteten, sowie zu der dazugehörigen Härtefallregelung,

als Migrantenbeirat sind wir zutiefst besorgt über die neuen Regelungen zur Gebührensatzung für die Unterbringung von Menschen mit Fluchtgeschichte, die am [6. Dezember 2023](#) von den Stadtverordneten zur Abstimmung standen und inzwischen in Kraft getreten sind. Es ist äußerst bedauerlich, dass diese Härtefallregelungen ohne jegliche Beteiligung des Migrantenbeirates und der zuständigen Arbeitsgruppe erarbeitet wurden, die eigentlich für die Begleitung der wohnungsähnlichen Unterbringung zuständig ist.

Die Tatsache, dass diese wichtige Entscheidung ohne Einbeziehung derjenigen getroffen wurde, die am direktesten von den Auswirkungen betroffen sind, ist äußerst bedenklich und steht im Widerspruch zu den Prinzipien der Partizipation und Mitbestimmung. Als Vertreter der Migrantengemeinschaften hätten wir wertvolle Einblicke und Perspektiven einbringen können, um sicherzustellen, dass die neuen Regelungen die Bedürfnisse und Realitäten von Menschen mit Fluchtgeschichte angemessen berücksichtigen.

Insbesondere sind wir äußerst besorgt über die Auswirkungen, die diese neuen Regelungen auf die finanzielle Situation von Menschen mit Fluchtgeschichte haben werden.

Im Vorfeld der Einführung der Gebührensatzung wurde von Seiten der Verwaltung erklärt, dass die Härtefallregelung die Menschen entlasten soll, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Nun sieht die Härtefallregelung eine Kappungsgrenze vor, damit Familien, in denen mindestens ein Elternteil arbeitet, höchstens die Gebühr für 3 Personen zahlen müssen. Diese Bedingungen wurden den Mitgliedern des SVV nicht transparent gemacht.

Die neue Gebührensatzung in Verbindung mit der Härtefallregelung kann dazu führen, dass jeder Anreiz für die Aufnahme einer Arbeit zerstört wird. Dies ist äußerst alarmierend. Die Tatsache, dass eine dreiköpfige Familie mit Arbeit also ohne Leistungsbezug künftig rund 1200 Euro für 20 Quadratmeter in einer Gemeinschaftsunterkunft zahlen müsste, ohne eigene Toiletten und Küche, ist inakzeptabel und stellt keine Härtefallregelung dar.

Die Gebührensatzung konterkariert die bundesweite Entwicklung, Bleiberechte zu schaffen für Menschen, die sich in die Gesellschaft integrieren. Das Chancenaufenthaltsrecht und die Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration honorieren erbrachte Integrationsleistung wie den Spracherwerb und die finanzielle Selbstständigkeit durch Erwerbstätigkeit. Die Gebührensatzung wirkt der Integration entgegen. In Potsdam herrscht Wohnungsnotstand. Menschen mit Fluchtgeschichte sind zunächst verpflichtet in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen. Viele der geflüchteten Personen, die zwar mittlerweile das Recht haben, aus diesen auszuziehen, verbleiben in den Unterkünften, weil es zu wenig Wohnraum in Potsdam gibt, der mit einem geringen oder niedrigen Einkommen bezahlbar ist.

Diese drastische Erhöhung der Gebühren wird die finanzielle Belastung für Menschen mit Fluchtgeschichte deutlich erhöhen. Vor allem könnte es die Menschen dazu bringen aus finanziellen Gründen ihre Arbeit niederzulegen.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass die Gebührenbescheide nur verzögert erstellt und dadurch die Gebühren für mehrere Monate rückwirkend erhoben werden. Dadurch entstehen mit Bescheid Erstellung enorme Schulden für die vorangegangenen Monate. Sollte durch die erhöhten Unterkunftskosten ein Anspruch auf Wohngeld oder Bürgergeld entstehen, können diese Leistungen nicht rückwirkend beantragt werden.

Besonders kritisch sehen wir, dass in den Gebührenbescheiden nicht auf die Härtefallregelungen hingewiesen wird.

Fehlende Bescheide:

Die Bewohner*innen der Gemeinschaftsunterkünften erhalten die Gebührenbescheide im laufenden Jahre und müssen dann für die Monate seit Jahresbeginn die Gebühren rückwirkend bezahlen. Es entstehen Forderungen von 2000€, mit denen die Menschen konfrontiert werden. Ihnen wird vorgehalten, dass die neue Satzung mit dem Sonderamtsblatt bekannt gegeben worden sei, somit wäre alle Menschen rechtzeitig über

die Zahlungspflicht in Kenntnis gesetzt worden. Es ist für Menschen mit geringem Einkommen nicht möglich diese Summen anzusparen.

Fehlende Information über Härtefallregelungen:

Die Stadtverwaltung hat es versäumt, die Nutzer*innen umfassend über die Härtefallregelung zu informieren. Diese Regelung ist unter den Geflüchteten kaum bekannt, was zu unnötigen Härten und Belastungen führt.

In den Bescheiden wird nicht auf die Härtefallregelung verwiesen. Dieser Hinweis auf den Bescheiden unabdingbar. Die Härtefallanträge müssen je nach Größe der Bedarfsgemeinschaft alle 2-6 Monate neu beantragt werden. Die Betroffenen werden dadurch zusätzlich belastet. Die Beratung fällt zu Lasten der wohnortsnahen Migrationssozialarbeit in den Gemeinschaftsunterkünften.

Überhöhte Gebühren und unzureichende Unterbringungsbedingungen:

Die Gebühren von über 400 Euro pro Person in Gemeinschaftsunterkünften sind völlig unverhältnismäßig. Bei geteilten Räumen, Küchen und Bädern ergibt dies umgerechnet 68 €/qm, was weit über den Mietpreisen für die schicksten Wohnungen in Potsdam liegt. Dabei sind die Bedingungen in den GUs oft katastrophal: schwer erreichbar, schimmelbefallen, laut und eng. Diese Diskrepanz zwischen Kosten und Leistung ist nicht hinnehmbar.

Einschränkungen bei Wohngeld und Wohnungsbeschaffung:

Geflüchtete können kein Wohngeld rückwirkend beantragen, was die finanzielle Belastung zusätzlich erhöht. Zudem gibt es kaum Möglichkeiten, eine eigene Wohnung zu mieten, was die Situation der Betroffenen weiter verschärft.

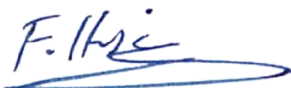
Kommunikationsbarrieren:

Das Amtsblatt wird von den in Gemeinschaftsunterkünften (GU) lebenden Menschen nicht abonniert, was auf große Herausforderungen wie Sprachbarrieren sowie die Notwendigkeit, zurückzuführen ist. Das Amtsblatt wird nicht in verschiedenen Sprachen veröffentlicht. Zudem hat die Stadt keine Informationsabende für die betroffenen Personen angeboten.

Insgesamt stehen wir als Migrantenbeirat diesen neuen Regelungen äußerst kritisch gegenüber und fordern die Stadtverordneten dringend auf, ihre Entscheidung zu überdenken und sicherzustellen, dass die Gebührensatzung für die Unterbringung von Menschen mit Fluchtgeschichte, sowie ggf. eine dazugehörige Härtefallregelung gerecht, angemessen und unter Beteiligung aller relevanten Akteure erarbeitet wird. Dem Migrantenbeirat muss die Möglichkeit eingeräumt werden auf die Härtefallregelung Einfluss nehmen zu können. Es ist unerlässlich, dass die Bedürfnisse und Rechte der Menschen mit Fluchtgeschichte respektiert und geschützt werden, um eine gerechte und solidarische Gesellschaft zu gewährleisten. Integration muss gefördert und nicht bestraft werden.

Potsdam, den 15. August 2024

Fereshta Hussain Migrantenbeirat

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'F. Hussain', with a horizontal line underneath it.

Use your voice and vote

“Hier lebe ich, hier wähle ich!“



21. September 2024 Symbolwahl in Potsdam

Was sind Symbolwahlen?

Menschen, die in Deutschland leben, aber keinen deutschen oder EU-Pass besitzen, dürfen an Wahlen in Deutschland nicht teilnehmen, obwohl sie ebenso von den politischen Entscheidungen betroffen sind! Am 21. September 2024, einen Tag vor den Landtagswahlen in Brandenburg, wollen wir das ändern und genau diese Menschen animieren ihre Stimme symbolisch bei unserer politischen Aktion abzugeben.

Wen wollen wir erreichen?

Wir möchten gezielt die Menschen ansprechen, die in Potsdam leben, aber nicht an den Landtagswahlen in Brandenburg teilnehmen dürfen, da sie keinen deutschen oder EU-Pass haben und somit von den Wahlen ausgeschlossen werden.

Was wollen wir erreichen?

Wir möchten demokratische Teilhabe für alle! Wer in diesem politischen System lebt, ist von politischen Entscheidungen betroffen - unabhängig von der Passzugehörigkeit. Die Teilnahme an Wahlen von ALLEN fördert Integration und ist Ausdruck gesellschaftlicher und politischer Gleichberechtigung. Wir möchten das vorherrschende Demokratiedefizit in Deutschland abbauen und fordern demokratische Rechte für ALLE!

Wie wählst du?

Wir haben mehrere Möglichkeiten:

- 1) Du kommst zu unserem festen Wahlstand am Landtag / Lange Brücke und füllst dort unseren Wahlzettel aus.
- 2) Du kommst zu unseren mobilen Wahlständen, die am 21.09.2024 an verschiedenen Orten in Potsdam mit dem Lastenrad unterwegs sein werden. Die genauen Daten stehen auf der Rückseite.



Schritt 1

Du bekommst einen Wahlzettel mit den Namen aller Parteien und Kandidat:innen



Schritt 2

Du hast nun zwei Stimmen und kannst zwei Kreuze machen



Schritt 3

Du wirfst deinen ausgefüllten Wahlzettel in unsere Wahlurne

Unser Wahlzettel entspricht inhaltlich dem Originalwahlzettel für die Brandenburgische Landtagswahl. Du findest dort alle Parteien und Politiker:innen, die sich für die Landtagswahl aufgestellt haben. Du hast zwei Stimmen und kannst zwei Kreuze machen.

Mit deiner Erststimme wählst du eine Person. Mit deiner Zweitstimme wählst du eine Partei.

Was passiert mit deiner Stimme?

Am 21.09.2024 sind wir bis 18 Uhr unterwegs, bis dahin kannst du deine Stimme abgeben. Danach werden wir gemeinsam mit weiteren Ehrenamtlichen die Stimmen auszählen. Nachdem alle Stimmen ausgezählt sind, übergeben wir das Ergebnis an Diana Gonzalez Olivo (Landesintegrationsbeauftragte Brandenburg). Sie gibt dieses dann bekannt.



Landeshauptstadt
Potsdam
Migrantenbeirat



An diesen Orten sind wir für Sie da

10:30 bis 17:30 Uhr

- Innenstadt
- Platz der Einheit, Ecke Friedrich-Ebert-Straße/ Am Kanal, 14467 Potsdam
- PAWLO-Masoso/ FrauRaum, Gutenbergstraße 12, 14467 Potsdam
- als Teil der “Kein Bock auf Nazis” Veranstaltung, Luisenplatz, 14471 Potsdam
- Babelsberg: Karl-Liebknecht-Stadion, Karl-Liebknecht-Straße 90, 14482 Potsdam

10:30 bis 12 Uhr

- Waldstadt II: Bürgertreff/ Bibliothek (Nähe Waldstadt-Center)

13 bis 15 Uhr

- Kirchsteigfeld/ Am Stern: ggü. DRK-Café, Konrad-Wolff-Allee, 14480 Potsdam
- Waldstadt I: Tram-Haltestelle Bisamkiez/Magnus-Zeller-Platz
- Potsdam-West: Refugees Emancipation e.V., Zeppelinstraße 25, 14471 Potsdam

15:30 bis 17:30 Uhr

- Zentrum-Ost: Stand zwischen ostbloq Jugendzentrum, Sportplatz und REWE, Humboldttring 19, 14473 Potsdam
- Schlaatz: Schilfhof/Erlenhof (Marktplatz Schlaatz, Nähe REWE, AWO-Schatz-truhe), 14478 Potsdam

Lfd. Nr.	Antragsteller	Projekt	zuständiger Fach-bereich	Förderung 2024	Antrag 2025	Bewertungs-zahl 2025	Note	Vorschlag Fördersumme 2025 Variante I	Vorschlag Fördersumme 2025 Variante II
1	SEKIZ e.V.	PIKS, Agentur für Ehrenamt, Begegnungsstätte	38	180.862,50€	229.298,12€	27	2	180.862,50€	150.192,20€
2	AWO Bezirksverband Potsdam e.V.	Büro Kinder(ar)mut	38	147.906,41€	263.039,71€	25	2	147.906,41€	122.824,74€
3	AWO Bezirksverband Potsdam e.V.	Schatztruhe	38	210.000,00€	307.890,56€	19	3	210.000,00€	174.388,62€
4	AWO Bezirksverband Potsdam e.V.	Netzwerk Arbeit Inklusiv	38	61.649,36€	66.778,14€	26	2	61.649,36€	51.194,98€
5	Tafel Potsdam e.V.	Professionalisierung der Tafel	38	*	371.392,00€	24	3	0,00 €	141.194,99€
6	Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V.	Beratungsstelle für Menschen mit Demenz	38	**	51.320,00€	23	3	0,00 €	42.617,26€
7	Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V.	Selbsthilfe Kontaktstelle für Menschen mit Demenz	38	0,00 €	39.710,00€	22	3	0,00 €	32.976,06€
8	Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V.	Unterstützung im Alltag von Menschen mit Demenz durch sechs Betreuungsgruppen	38	70.885,00€	78.970,00€	25	2	70.885,00€	58.864,46€
9	Sozialwerk Potsdam e.V.	Beratung- u. Informationsstelle blinder und sehbehinderter Menschen	38	30.411,15€	37.521,00€	20	3	30.411,15€	25.254,09€
10	Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V.	Kontaktstelle für Bildung und Engagement Älterer	38	48.028,00€	65.790,00€	23	3	48.028,00€	39.883,51€
11	Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V.	Netzwerks "Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam"	38	21.000,00€	24.806,84€	22	3	21.000,00€	17.438,86€
12	Neue Kulturwege e.V.	Kultur Potsdam	38	88.383,75€	131.994,00€	20	3	88.383,75€	73.395,81€
13	AWO Bezirksverband Potsdam e.V.	Ehrenamtsagentur	38	19.425,00€	86.646,77€	19	3	19.425,00€	16.130,95€
14	Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.	Soziale Beratung jüdischer Zugewandelter	38	35.000,00€	35.000,00€	19	3	35.000,00€	29.064,77€
1	Selbsthilfegruppe "Wir unter uns"	Selbsthilfegruppe für seelische/psychische Belastungen/Erfahrungen	33	0,00 €	120,00€	19	nicht förderfähig	0,00 €	0,00 €
2	Hoffbauer-Stiftung: Ambulante Hospiz- und Palliativberatungsdienst Potsdam	Beratungsstelle für Trauernde: Trauerbegleitung in Potsdam	33	50.614,00€	53.940,00€	22	3	50.614,00€	42.030,98€
3	LAGO Brandenburg e.V.	Netzwerkkoordination Palliatives Netzwerk	33	15.000,00€	15.000,00€	23	3	15.000,00€	12.456,33€
4	Kinder- und Jugendcircus Montelino Potsdam e.V.	Zirkuspädagogisches Projekt zur Stärkung der körperlichen und seelischen Gesundheit	33	0,00 €	19.880,00€	19	3	0,00 €	0,00 €
5	Chill Out e.V.	Fachstelle für seelische Gesundheit (Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene)	33	191.541,00€	214.506,50€	32	1	191.541,00€	159.059,86€
6	Opferhilfe Land Brandenburg e.V.	Intensive sozialpädagogische Begleitung mit dem Ziel der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung für Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten	33	16.765,54€	19.465,41€	24	3	16.765,54€	13.922,47€
7	AIDS Hilfe Potsdam e.V.	Förderung von Personal- und Sachkosten	33	37.527,00€	39.882,00€	24	3	37.527,00€	31.163,25€
8	Soziale Stadt ProPotsdam gemeinnützige Gmbh	Mobile Kiezküche	33	0,00 €	8.650,00€	19	3	0,00 €	0,00 €
9	KINDERHILFE e.V.	Ambulanter Kinderhospizdienst Potsdam Trauerarbeit	33	45.000,00€	57.000,00€	24	3	45.000,00€	37.368,99€
10	IFFE (Institut für Fortbildung, Forschung und Entwicklung e.V. an der FH Potsdam	Podcast für Familien mit Themen frühkindliche Entwicklung, psychische Erkrankungen im Familiensystem	33	0,00 €	67.762,75€	20	3	0,00 €	0,00 €
11	Katte e.V.	Sexways`25: Informations- und Präventionsprojekt zur sexuellen Gesundheit	33	8.400,00€	9.400,00€	22	3	8.400,00€	6.975,54€
12	NOW! Normaler Wahnsinn Potsdam	Lotsen- und Beratungsstelle für psychischer Gesundheit für Kinder und Familien in Potsdam	33	95.619,30€	254.142,46€	32	1	95.619,30€	95.619,30€

zur Verfügung stehende Fördermittel	1.374.018,01 €	beantragte Fördermittel	2.549.906,26 €
--	-----------------------	--------------------------------	-----------------------

Gesamt	1.374.018,01 €	1.374.018,01 €
---------------	-----------------------	-----------------------

Legende:	*	gemäß Beschlussvorlage für 2025 - 2030:	170.028€	pro Jahr
	**	gemäß Beschlussvorlage für 2025 - 2030:	51.320€	pro Jahr

FB-38

Gumberger, -2449

Sitzungsunterlagen

Ausschuss für Gesundheit, Soziales Wohnen und Inklusion

17.09.2023

- a) **Thema:** Nutzung des ESF+ Förderprogramms „Stark vor Ort: Soziale Integration von armutsbedrohten Kindern und ihren Familien“ (Fördertatbestand 1 – Entwicklung von Armutspräventions-konzepten)
- b) **Berichterstattung durch:** Herrn Gumberger
- c) **Votum:** Kenntnisnahme
- d) **Sachverhaltsdarstellung:**

Ausgangslage:

Die Landeshauptstadt Potsdam hat im Jahr 2022 einen Armutsbericht veröffentlicht. In diesem wurde deutlich, dass in der Stadt Potsdam eine innerstädtische, räumliche Segregation vorliegt. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass in Potsdam für spezifische Bevölkerungsgruppen ein erhöhtes Armutsrisiko vorliegt.

Förderrichtlinie des Landes „Stark vor Ort: Soziale Integration von armutsbedrohten Kindern und ihren Familien“:

Ziel der Förderung in Fördertatbestand 1 ist es, der Armut (insbesondere von Kindern und ihren Familien) gezielt entgegenzuwirken. Dazu soll die kommunale integrierte Sozialplanung gestärkt werden. Kommunen sollen in die Lage versetzt werden, die Armutsentwicklung zu analysieren, um Armutsprobleme effektiv und nachhaltig zu bekämpfen. Daneben soll die Vernetzung innerhalb der sozialen Trägerlandschaft und zwischen sozialen Trägern und Kommunen, insbesondere zur Bekämpfung von Kinderarmut, unterstützt werden.

Zuwendungsempfangende im Fördertatbestand 1 sind die kommunalen Gebietskörperschaften als örtliche Träger der Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe sowie der Schulverwaltung.

Förderfähig sind bis zu 1,5 Stellen i.d.R. nach Entgeltgruppe E12 TVöD (Kommunen) für bis zu drei Jahre, zuzüglich einer Sach-/Verwaltungskostenpauschale in Höhe von 20% der förderfähigen Personalkosten.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat im Januar 2024 einen Antrag beim ESF+ Förderprogramm „Stark vor Ort“ im Fördertatbestand 1 (Entwicklung von Armutspräventions-konzepten) gestellt.

Der positive Bescheid der ILB liegt nun seit 19.07.2024 vor. Der Projektzeitraum ist laut Antrag und Bescheid auf den Zeitraum 08/2024-07/2027 festgelegt. Das Stellenbesetzungsverfahren läuft derzeit.

Inhalt des Antrags der Landeshauptstadt Potsdam:

Folgende Projektinhalte sind Teil des Antragskonzepts „*Erstellung einer Armutspräventionsstrategie in der Landeshauptstadt Potsdam*“:

1. Erstellung einer Gesamtstrategie zur Armutsbekämpfung und Prävention sowie zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit und residentieller Segregation
2. Erstellung eines Maßnahmenplans zur Beschlussfassung für die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung
3. Aufbau einer nachhaltigen Netzwerkstruktur unter Berücksichtigung von internen und externen Akteuren (Verwaltung, Politik, Träger, Beiräte) im Sinne eines „Bündnisses gegen Armut“
4. Weiterentwicklung und Professionalisierung des Sozialdatenmonitorings
5. Ausbau und Unterstützung der Integrierten Sozialplanung